

Merkeburger Anzeiger

Ersteinst täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Verkaufspreis monatlich 12,00 M. einschließlich Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 15,00 M. einjähr. Bestell- und Bezugsgehalt.

Unternehmer: 80 Hg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Angebotspreis: Für den achtzehnhundert Millimeter starken 70 Hg. im Rahmen 4,00 M., für Achtzigsteilen u. Nachdruckungen 10 Hg. pro Exemplar. Klappdruck eines Viertelblattes. Eintrag der Angebotsnummer 10 Hg. monatlich.
Postfachnummer: Leipzig 39070.
Verantwortl. Redaktion: Leipzig 39070.
Wichtig bei Versand: Reichs-Postbescheid Nr. 2, Kreis Merseburg-Bezirk.

Verantwortl. Redaktionen: „Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“, für die amtlichen Verordnungen: „Am häuslichen Herd“ und für den Anzeiger: „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 61.

Montag den 13. März 1922

48. Jahrg.

Der neue Zahlungsplan.

Die Berliner Beschlüsse.

Die europäischen Staatsmänner stellen voller Zustimmung fest, daß der Weltfriedensplan, den sie beifällig haben, auf dem Rückzug ist. Sie meinen den deutlichen Willen des kommunistischen Systems, den Lenin dieser Tage selbst ausgegeben hat. In Genoa wollen die Alliierten nicht zuletzt über den lebenden Kommunismus hinweg über das ungewöhnliche Ausland verhandeln. Sie fühlen sich als Sieger über den Bolschewismus und — sie befürchten ihn gleichzeitig durch ihre geradezu unpopuläre Zahlungspläne gegen Deutschland.

Wenn man der hiesigen amtlichen Äußerung der Agentur Havas glauben darf, so ist die Finanzministerkonferenz in Paris für Zahlungspläne deutlicher unglücklich verlaufen. Nach den heutigen Berichten ist es Frankreich gelungen, die Kosten für die über die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 Deutschland aufzubringen. Das sind 150 Millionen Francs. Ferner genehmigt man die Zahlungspläne vom Reparationskonto getrennt zu verhandeln. Wie gewöhnlich die Zahlungspläne sind, erweisen wir ja allein schon an der amerikanischen Forderung, die über eine Milliarde beträgt. Der Erfolg dieser Maßnahme wird sein, daß wir auf das Reparationskonto überhaupt nicht mehr eingehen können, wenn man will die ersten beiden Zahlungen zunächst einmal zur Tilgung der Zahlungspläne verwenden. Eine Maßnahme, die uns auf das allerhöchste trifft. Die alliierten Minister werden sich wohl darüber schickeln, aber die in der hiesigen Welt ist die Zahlungspläne freilich, welche die Franzosen in ihrer Zahlungspläne betreffen, haben sie kein Wort verloren!

Was die Steuerfrage betrifft, so werden Frankreich dafür 300 Millionen angesetzt. Man halte gegen diese Summe die amerikanischen Zahlungspläne! Sie betragen dreimal soviel wie jene hochwertigen Bezugserte!

Aber die Beschlüsse hinsichtlich des Wiederabkommens und die Anordnungen der Nationalkonferenzen auf die Zahlungspläne lassen sich jetzt noch keine genauen Angaben machen. Sicher ist, daß wir mit der Ausgabe von internationalen Anleihen im Auslande zu rechnen haben, mit denen man uns die Ausführung unserer Verpflichtungen erleichtern will, und daß diese Anleihen sich auf das Kapital der deutlichen Schuld beziehen sollen, nicht auf die Jahresausgaben. Als Wandel für die Anleihen ist außer den Vorkäufen die Aufrechterhaltung der 20-prozentigen Anleiheabschreibung. Der Vertrag dieser Anlage im Jahre 1921 in Höhe von einer Milliarde Goldmark ist ausstehend, um eine Milliarde von 12 bis 14 Milliarden zu verbriefen. Die Regelung der Anleihen soll durch ein Finanzamt erfolgen. Die Operation wird abhängig sein von der Aufhebung der allgemeinen Hypothek, die auf den Einnahmen Deutschlands ruhen.

Diese Handhabung durch die Zollkassen bedeutet natürlich die Verklärung der Finanzkontrolle über Deutschland! Warten wir die genauen Zahlen ab. Was wir uns aber davon gefast, daß sie in einer Weise ausfallen, die auf die Einheit der alliierten Staatsmänner hinweisen lassen. Es sind nicht die Mächte des Wiederabkommens, die in solchen Zahlungsplänen sich auswirken, sondern die der Zerstückung.

Und dabei sind alle diese „arroganten“ Pläne ohne den großen Glanz Amerikas abgelehnt worden, der gleichzeitig die Konferenz einfließen — durch Überschreitung seiner Forderungen. Das war mehr als eine Kompensation der Zerstückungen. Es war eine politische Demonstration in dem Sinne, daß Amerika in der europäischen Finanzhandlungen heute ein entscheidendes Wort mitzureden kann. Diese Abneigung ist als parallel anzusehen mit der Abneigung Amerikas für Genoa. Die europäischen Mächte lassen sich eben nicht lösen mit dem harten Glatteisstandpunkt gegenüber Deutschland! Wann wird sich diese Erkenntnis durchsetzen?

Im Steuerkompromiß.

Afforderei.

Der Mahnung des Reichsfinanzministers, das Steuerkompromiß möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen, sind die beteiligten Parteien nachgekommen. In der gemeinsamen Sitzung der beiden Steuerkommissionen am Freitag haben sie nicht nur die Ausschüßarbeiten endgültig zum Abschluß gebracht, sondern auch die Form vereinbart, in der das Material dem Plenum vorgelegt werden soll. Die Abgeordneten (Senat, März (Str.), Dr. Becker-Helsen (D. Vp.), Koch-Weser (Dem.) und Reich (D. Vp.) haben den Entwurf eines Gesetzes über Änderungen im Finanzwesen als Initiativentwurf eingebracht, dessen ungewöhnliche Annahme damit festgeschrieben ist. Der § 1 lautet: Die Reichsregierung wird die Mittel für die Kredite, die durch das Reichsanleihegesetz des Reichsanleihegesetzes 1922 hergestellt sind und nicht für die Vertriebsausgaben bestimmt sind, im Wege einer in Reichsmark einzunehmenden, in den ersten drei Jahren unerschöpflichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwerts von einer Milliarde Goldmark festsetzen. Aus diesem Wortlaut geht klar hervor, daß die Entzifferung der Zwangsanleihe nicht für die Befreiung von Zahlungen der Reichs- und Reichsanleiheverwaltung verwendet werden dürfen; dagegen befindet sich eine ausdrückliche Bestimmung in ihm, wonach noch im laufenden Jahre die Zwangsanleihe eingesetzt werden muß. Man war in den Parteien darüber einig, daß dies selbstverständlich ist durch die Vorfrist, daß die Zwangsanleihe für die Kredite des Jahres 1922 verwendet werden soll. Im § 2 des Gesetzesentwurfes werden die 14 einzelnen neuen Steuererträge aufgeführt mit dem Zusatz, daß sie einheitlich zugleich mit diesem Gesetz über Änderungen im Finanzwesen in Kraft treten. Dadurch, daß die Parteien selbst die Initiative ergriffen haben, wird die Verwirklichung der Steuererträge wesentlich befördert. Die einzelnen Vorschriften über die Zwangsanleihe sollen durch, voraussichtlich im April, in einem besonderen Anleihegesetz dem Reichstag vorgelegt werden.

Die Beamtenbefragung.

Berlin, 13. März. (Drahtbericht anderer Berliner Redaktion.) Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften im Reichsfinanzministerium wegen der neuen Lohnregelung der Beamten sind heute vormittag wieder aufgenommen worden. Es ist mit einer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß man heute noch zu einer Einigung kommen wird. In weiteren Verhandlungen sollen dann die Lohnfragen der Arbeiter nun geregelt werden.

Die Orientkonferenz.

Paris, 13. März. (WZB.) Die Konferenz der Außenminister zum Überweg der Orientfrage tritt nach dem neuesten festgelegten Programm in Paris zusammen.

England in Not.

London, 13. März. (Drahtbericht anderer Berliner Redaktion.) Der Aufwand in Südamerika nimmt immer größeren Umfang an. Die Zahl der Streitenden wächst ständig, die besten Heere in Südamerika mit dem Angriff auf Johannesburg begannen. Die Stadt ist von drei Seiten von Streitenden umgeben. Ein französischer Missionar spielte die Rolle im Streit ab. Hier wurde die Stadt, als sie gerade voll besetzt war, von einer Platte getroffen und schwer beschädigt. 20 Personen wurden getötet und über 100 verletzt. General Smuts hat Kapitulation verlangt und will sich in das Krankenhaus begeben, um zu verhandeln. Seit gestern abend ist Johannesburg von jedem Verkehr abgeschnitten, da die Telegraphenleitungen zerstört worden sind. Die Regierung geht mit den japanischen Mitteln gegen die Ausländer vor. Die Verluste auf beiden Seiten betragen schätzungsweise 100 Tote und einige Tausend Verwundete. Man hofft in Japan, daß der Aufstandsbewegung dort zu werden, wenn die Schiffstruppen im Meerengebiet eingetroffen sind.

Ghandi verhaftet?

Berlin, 13. März. (WZB.-Zelger.) Die englischen Blätter berichten über die antilige Bewegung, die von Ghandi geleitet wird. Ghandi verhaftet worden ist und vermutlich deportiert werde. Das würde ein außerordentlich fähiger Mensch sein, der indische Bewegung sein, denn Ghandi genießt ein sehr starkes Ansehen im indischen Volk.

Beamtenfragen.

Die Verhandlungen über die Beamtenbefragung.

Welche am Freitag abgehalten werden müssen, weil die Regierung mit dem im Reichsanleihegesetz vorgesehenen N. 8 nicht verhandeln wollte, wurden am Sonnabend nachmittag wieder aufgenommen, in dem bei den Verhandlungen bereits bestehende Aufeinanderstoß die Verhandlungen über die Beamtenbefragung unter Führung des Hauptpunktes der Verhandlungen erfordern wird, daß zunächst folgende Fragen zu klären sind:

1. Einführung der geltenden, selbständigen Gehalts- und Sozialfrage.
2. Abhebung der Wirtschaftlichen, 3. Regelung der Urlaubsgelder.
4. Einführung einer Freizeiter- oder Lebensversicherung, 5. Erhöhung der Alterszulage, Erhöhung der Grundbesitzer- und des Feuerungsanlasses.
6. Bestimmung der Grundbesitzerbeurteilung auf bestimmte Gruppen, 7. Bestimmung der Grundbesitzerbeurteilung auf bestimmte Gruppen, 8. Bestimmung der Grundbesitzerbeurteilung auf bestimmte Gruppen, 9. Bestimmung der Grundbesitzerbeurteilung auf bestimmte Gruppen.

Ein Reichsgesetz gegen den Beamtenkreis.

Die Erfahrungen des letzten Gehaltsstreiks haben die veranlassenden Beamtenkreise mit dem Reichsanleihegesetz, das es notwendig ist, die bestehenden Bestimmungen hinsichtlich des Zwickelrechts für Beamte nach durch ein besonderes Reichsgesetz zu ergänzen und damit zu klären. Die Vorarbeiten für ein solches Gesetz sind bereits im Gange. Die Beschlüsse der Reichsministerkonferenz unter Führung des Reichsanleihegesetzes, die im Zusammenhange mit anderen Beamten oder sonstigen Arbeitnehmern die Erfüllung seiner Amtspflichten ganz oder teilweise verweigert, mit Nichterfüllung bestraft werden. Der entlassene Beamte kann seine auf Festhaltung innerhalb vier Wochen nach seiner Entlassung dem Landgericht seiner Heimat erheben. Ein rechtskräftig entlassener Beamter darf frühestens nach fünf Jahren wieder in das Beamtenverhältnis aufgenommen werden. Das Reichsgesetz soll sich auch auf die Beamten der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften beziehen.

Zum Eintritte gegen die Förderung des Hrn. Delius. Die schon mitgeteilt, ist der bekannte Reichsstaatsangehörige Oberpostsekretär Delius zum Notrat ernannt und mit der Leitung der politischen Nachrichtenstelle im Reichspostministerium beauftragt worden. Diese Förderung hat die Deutsche Reichspost unter Führung des Reichsinspectors voran gebracht, im Reichstag eine Anfrage zu stellen, ob die Förderung aus politischen Gründen erfolgt ist. Es wird dann bemerkt, daß hier ein Beamter befördert wurde, der den wichtigsten Posten zur Leitung der zweiten Postprüfung gemacht habe, und der nun den Beamten, die diese Prüfung begeben, vorgezogen wurde. Die „Nationalökonomische Korrespondenz“ wirft dem Minister Oberpostsekretär vor, daß er hier die Wege sozialistischer Politik im Auge habe und sich zu schäme, daß er 20 Jahren, als bei den mittleren Postbeamten die zweite Postprüfung eingeführt wurde, Laune das Beispiel hatten, die nicht zu befehlen. Nur ein ganz geringer Prozentsatz bestand die Prüfung bei der Wahlprüfung. Hrn. Delius hat sich damals der Prüfung unterzogen und sie in der Zeit nicht bestanden. Das erregte aber nicht nur in seinen Kollegen, sondern auch bei seinen Vorgesetzten Ansehen, weil er allgemein als tüchtiger Beamter geschätzt wurde. Er wurde schon bei seinen früheren Vorgesetzten für tüchtig angesehen, weil er als eifriger und erfolgreicher Beamter für den mittleren Postbeamtenverband und für die freiwillige Partei seit vielen jungen Jahren tätig war. Er wurde deshalb auch vielfach ausgezeichnet. Ein damaliger Postdirektor erklärte ihm, er brauche sich der vorgeschlagenen Beförderung zur Prüfung zu weihen, da er sie angesichts seiner politischen Stellung doch nicht bestanden würde. Herr Delius hat deshalb auch die Wiederholung der Prüfung unterlassen. Das hat aber seine Beförderung nicht verhindert, ihm in den verschiedenen Stellen, die von Beamten mit zweiter Postprüfung befehle wurden, zu beschäftigen. Durch seine vorgelegte Beförderung wurde oft behauptet, daß ihn dafür nicht auch die höhere

Dollar heute 238 (am Sonnabend 236).

Amerikas Kollisionsforderung kein Geheimniss.

Berlin, 13. März. (Drahtbericht anderer Berliner Redaktion.) Nach Meldungen amerikanischer Blätter hält die Regierung der Vereinigten Staaten an ihren Forderungen zur Bezahlung der Zahlungspläne der amerikanischen Rücknahme in voller Höhe fest. Die Anzahl der Gruppen der amerikanischen Rücknahme betrug in der Zeit vom 1. Mai 1921 bis 31. Januar 1922 durchschnittlich 14 000 Mann und hat gegenwärtig noch einen Stand von 4000 Mann. Über die amerikanische Forderung meldet die „Telegraph Union“ aus Washington: Zu unterrichten streifen ist man der Ansicht, Amerika habe die Forderung zur Zahlung der Zahlungspläne deshalb gestellt, weil es bei der Verteilung der ersten Goldmilliarde nicht berücksichtigt worden wäre. Die Zeitung meldet weiter, daß in alliierten Kreisen verlautet, man wolle das Finanzabkommen dahin revidieren, daß Amerika auf der Stelle 100 Millionen Goldmark ausgeführt erhalte.

Eine neue Forderung.

Paris, 13. März. (WZB.) Die „Cit. Trib.“ meldet, außer den von Amerika als Zahlungspläne verlangten 241 Millionen Dollars werde bemerkt eine Rechnung über 23 Millionen Dollars für die Unterhaltung der amerikanischen Truppen vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1922 berechnete werden.

Arbeiten für Genoa.

Paris, 13. März. (Drahtbericht anderer Berliner Redaktion.) Die offiziell verlautet, werden sich am 19. März die Finanzminister französisch nach London, um die Genierung von Genoa vorzubereiten. Den Sachverhalt werden die Blätter schriftlich gegeben werden. Der Entwurf der Bedingungen unterliegt gegenwärtig einer Kritik des Ministerpräsidenten Poincaré. Die Vorarbeiten für sie ist auf den 20. März gelegt worden.

Gelehrter in Bismarck.

Bismarck, 13. März. Die Norddeutschen Land- und Weinbauwerke in Bismarck sind durch Feuer zerstört worden. Die Entschädigungsfrage des Brandes ist unklar.

Bezahlung auf sich werden konnte. In der ganzen Beamtenenschaft ist es noch in einem Zweifel eingetaucht, dem Hrn. Delius minderwertige Leistungen innerhalb seines Berufes vorzuziehen. Das ist ein Widerspruch der deutschen Volkspartei vorzubereiten. Als erfolgreichere, fortschrittlicherer Beamtenkreise wird Delius von der Bevölkerung, insbesondere der Beamtenenschaft, mit einem ganz anderen Maßstab gemessen. Sein erkrankter Mensch wird durch Zweifel gehen, daß für die Tätigkeit mit Hrn. Delius das normale Geman, das er vor langen Jahren nicht abgelegt hat, kein Grund genug für seine Tätigkeit abgeben kann.

Außenpolitische Übersicht.

Genoa über den „Witzsch“ vom Kommunismus.

Moskau, 13. März. (WZB.-Zelger.) Genoa hat eine politische Rede gehalten, in der er behauptet, daß die Einberufung der Konferenz von Genoa durch den Zwang für die Weltmächte, mit Russland Handel zu treiben, herbeigeführt sei. Über die Bedeutung in der russischen Wirtschaftspolitik, die er einen Rückzug vom Kommunismus nennt, sagte er: Wir erkennen vollkommen deutlich, daß die neue Wirtschaftspolitik unsere Rückzug bedeutet hat. Wir sind weiter gegangen als reifem war. Wir haben mit unserer Rückzug nicht fort. Trotzdem verhalten wir nicht die erheblichen Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden. Wir sind uns vollkommen bewußt, was der Zwang in einem Vorkaufende die Weltmächte bedeutet. Wir wissen, daß wir nicht über den Zwang überwinden können. Wir wissen, was eine französische Kräfte in einem Lande bedeutet, das gewonnen wird, Handel zu treiben und das gleichzeitig eine bestimmte Menge von Rohstoffen enthält, die, wie man es nicht in 10 Jahren in 10 Jahre zu erledigen ist. Diese Rohstoffe sind unerschöpflich, was erbringt sie uns nicht. Wir müssen arbeiten und uns mühen in den anderen Aufgaben entgegenstellen, die darin bestehen, daß wir zu einem Weltfrieden mit den europäischen Ländern gelangen.

Am Beirater der Konferenz.

Paris, 13. März. (WZB.) Nach Meldung des New York Herald enthält der britische Botschafter in Paris, Präsident Harding seine, daß nach der Genueser Konferenz eine europäische Konferenz für die Abrüstung zu Lande aufzusammeln werde.

Edward der Unzufriedene.

Warrick, 13. März. (WZB.) In einer Rede, die Lord Harding anlässlich der Einweihung des Denkmals zum Gedächtnis von Edward VII. hielt, meinte er sich u. a. gegen die in Deutschland getriebene Ansicht von der Einheitspolitik, die König Edward getrieben haben solle, und erklärte, diese Theorie sei völlig ungründlich.

Premier Erfolg der „Wahlrechtsreform“ in Ungarn.

Budapest, 13. März. Nach den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen der Wahlen am 13. März sind 260 Mitglieder der Regierung und 97 oppositionelle Abgeordnete gewählt. Die liberale Partei erzielte die mehr als zwei Drittel der Stimmen. Die Regierung ist damit bestätigt. Die Annahme der neuen Verfassung gesichert.

Im Besonderen Bulgarien.

Bei einem Besuch in den von Ungarn besetzten Bulgarienland gab der Bundespräsident Ederer in einer Rede die Verankerung ab: Bezüglich der neuen Gesetzgebung Ungarns kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß es für Österreich in dieser Frage kein Zurück gibt. Eine Annahme der Annahme mit sich, die von den Österreichern lebenden ehemaligen Bulgarenoffizieren gegeben wird, um während der bis nächsten Monate bevorstehenden schweren Monate einige hundert Kinder spielen zu können. Die Lage der deutschen Volkskolonisten wird täglich verschlechtert.

Die deutschen Helfer in Rußland

Moskau, 13. März. (WZB.) Der bisher im Bürgerkrieg von den russischen Bolschewiken gestiftet wurde, nachdem er in Moskau mit den aus Deutschland bezogenen Medikamenten neu versorgt worden ist, gibt gestern nach Saratow abgehen, um einige Monate in dem Gebiet der deutschen Kolonisten Hilfe zu leisten. Er führt diesmal größere Mengen von Medikamenten mit sich, die von den Russen lebenden ehemaligen Bulgarenoffizieren gegeben wird, um während der bis nächsten Monate bevorstehenden schweren Monate einige hundert Kinder spielen zu können. Die Lage der deutschen Volkskolonisten wird täglich verschlechtert.

